

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 11. September 1985

am Donnerstag, dem 12. September 1985

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Blunck (SPD)	5	Müller (Schweinfurt) (SPD)	34, 35
Braun (CDU/CSU)	63, 64	Neumann (Bramsche) (SPD)	77, 87
Brück (SPD)	82, 83	Frau Odendahl (SPD)	52, 53
Catenhusen (SPD)	19, 20	Dr. Olderog (CDU/CSU)	81
Dörflinger (CDU/CSU)	16	Oostergetelo (SPD)	70, 71
Eylmann (CDU/CSU)	85, 86	Paterna (SPD)	55, 56
Fiebig (SPD)	30, 31	Pfuhl (SPD)	6, 98
Fischer (Osthofen) (SPD)	32, 33	Reddemann (CDU/CSU)	80
Hansen (Hamburg) (SPD)	7, 8	Reimann (SPD)	40, 41
Hettling (SPD)	50, 51	Reschke (SPD)	59, 60
Dr. Hirsch (FDP)	25, 26	Reuter (SPD)	78
Frau Hoffmann (Soltau) (CDU/CSU)	23, 24	Schemken (CDU/CSU)	65, 66
Huonker (SPD)	61, 62	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	45, 46
Dr. Hupka (CDU/CSU)	74, 75	Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	38, 39
Immer (Altenkirchen) (SPD)	68, 69	von Schmude (CDU/CSU)	88, 89
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	27, 28	Dr. Schöfberger (SPD)	21, 22
Jaunich (SPD)	42	Schulhoff (CDU/CSU)	11, 12
Dr. Jens (SPD)	96, 97	Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	1, 2
Kirschner (SPD)	43	Stahl (Kempfen) (SPD)	48, 49
Kißlinger (SPD)	99, 100	Steiner (SPD)	17, 18
Dr. Klejdzinski (SPD)	57, 58	Frau Steinhauer (SPD)	54
Dr. Kübler (SPD)	4, 76	Stiegler (SPD)	92, 93
Lambinus (SPD)	84, 90	Ströbele (DIE GRÜNEN)	72, 73
Frau Dr. Lepsius (SPD)	14, 15	Stutzer (CDU/CSU)	94, 95
Lowack (CDU/CSU)	3, 47	Tatge (DIE GRÜNEN)	13, 91
Meininghaus (SPD)	36, 37	Graf von Waldburg-Zeil (CDU/CSU)	44
Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	9, 10	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	29, 79
Dr. Möller (CDU/CSU)	67	Frau Weyel (SPD)	101, 102

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit . . .	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit.	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	12
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	14
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	15
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	17

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

1. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung gegen die sich im vergangenen und diesem Jahr gehäuften Fälle von Einreiseverweigerungen der DDR-Behörden in die DDR zu unternehmen, deren Anstieg insbesondere im Zusammenhang mit Einreisewünschen von Bundesbürgern anlässlich der diesjährigen Leipziger Messe auffällt?
2. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)

Gibt es Anhaltspunkte dafür, daß die DDR-Behörden ihr Recht der Einreiseverweigerungen für früher gegen DDR-Recht verstoßen habende Personen willkürlich zur Regulierung von Kontakten zwischen Bundes- und DDR-Bürgern benutzen, um nach und nach die Westkontakte von DDR-Bürgern einzuschränken?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

3. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)

Aus welchen Gründen werden zur Zeit aus dem Haushalt für das Bundesministerium für Forschung und Technologie keine neuen Projekte mehr gefördert, die einen rationelleren Energieeinsatz vorsehen, obwohl Energieeinsparung zugleich als beste Art, die Umweltbelastung zu verringern, angesehen werden muß?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

4. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag eine Zwischenbilanz zum UNO-Sonderprogramm für die 36 LLDCs zu geben, und werden bei der Erstellung auch die NGOs beteiligt?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

5. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD)

Ist die Bundesregierung in der Einschätzung der Qualität und Effektivität der Nachrichtendienste der Bundesrepublik Deutschland der gleichen Meinung wie der bayerische Ministerpräsident Strauß, der anlässlich seines Besuchs in der DDR im „heute journal“ des ZDF vom 2. September 1985 erklärt hat, daß er „90 Prozent dessen, was die Dienste ermitteln, ohnehin für Unsinn“ halte?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

- | | |
|--|---|
| 6. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD) | Erscheint der Bundesregierung das Verbot der Molkereiarbeit an Sonn- und Feiertagen ab 12.00 Uhr gemäß Gewerbeordnung im Hinblick auf den rationalisierten Arbeitsrhythmus und der Gefahr der Verderblichkeit der Milch bei Milchtrocknungsanlagen u. ä. Verarbeitungsprinzipien noch gerechtfertigt? |
| 7. Abgeordneter
Hansen
(Hamburg)
(SPD) | Welche Ursachen sind nach Ansicht der Bundesregierung maßgebend dafür, daß insbesondere die norddeutschen Arbeitsämter (mit Hamburg an der Spitze) ihren gesetzlichen Auftrag aus dem Arbeitsförderungsgesetz, nämlich zügige Arbeitsvermittlung, Leistungsgewährung und Berufsberatung, nicht oder nur unzureichend erfüllen können? |
| 8. Abgeordneter
Hansen
(Hamburg)
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung über die Bundesanstalt für Arbeit angesichts des „Süd-Nord-Gefälles“ auf dem Arbeitsmarkt und eingedenk des enormen Überschusses der Bundesanstalt für Arbeit, personelle Ausgleichsmaßnahmen auf regionaler und sektoraler Ebene innerhalb der Arbeitsverwaltung durch Anpassung des Personalbestands an das gestiegene Arbeitsvolumen zu ergreifen, oder welche anderen Maßnahmen hält die Bundesregierung für sinnvoll? |
| 9. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten, den Betrieben vorübergehende und degressiv gestaffelte Einarbeitungszuschüsse zu zahlen, die ihre eigenen Auszubildenden nach Abschluß einer erfolgreichen Lehre übernehmen und dadurch Berufsanfängern bei der Suche ihres „ersten“ Arbeitsplatzes zu helfen? |
| 10. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU) | Läßt sich die Gefahr von Mitnahmeeffekten – bei der Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes – dadurch ausschließen, daß eine Förderung nur für die Betriebe in Betracht kommt, die zum gleichen Zeitpunkt keine Entlassungen vornehmen? |
| 11. Abgeordneter
Schulhoff
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Arbeitsämter in zunehmendem Maße dazu übergehen, eine Herabbemessung der Arbeitslosenhilfe nach Maßgabe des § 136 Abs. 2 Arbeitsförderungsgesetz, insbesondere bei älteren und kranken Langzeitarbeitslosen, vorzunehmen? |
| 12. Abgeordneter
Schulhoff
(CDU/CSU) | Hält es die Bundesregierung angesichts der schlechten Vermittlungschancen älterer Arbeitsloser nicht für sinnvoll, den § 136 Abs. 2 Arbeitsförderungsgesetz zur Vermeidung großer Härten für die Betroffenen zu streichen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

13. Abgeordneter
Tatge
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit, insbesondere das Bundesministerium der Verteidigung, auf eine Mehrfachbestrafung des Totalverweigerers Kai Kanz zu verzichten, insbesondere auf dem Hintergrund, daß er vom Jugendschöffengericht Idar-Oberstein vom Vorwurf der Dienstflucht freigesprochen wurde, weil er aus überzeugend dargelegten Gewissengründen nicht anders habe handeln können, und der Presseoffizier der Artillerieschule XII in Idar-Oberstein als Begründung für eine erneute Verhaftung durch Feldjäger am 19. August 1985 angibt: „Es stellt sich nicht die Frage nach dem Sinn, sondern nach Befehl und Gehorsam.“ (Frankfurter Rundschau vom 23. August 1985)?
14. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD)
- Warum haben im Landkreis Rastatt und in der Kurstadt Baden-Baden die Maßnahmen zur Luftraumüberwachung und Minderung des Fluglärms, der vom Militärflughafen Söllingen ausgeht, nachgelassen, und was gedenkt die Bundesregierung zum Schutz der Bürger zu unternehmen?
15. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD)
- Wann wird der bereits mehrmals vom Bundesministerium der Verteidigung zugesagte Einsatz von Radarkontrollgeräten im Luftraum von Baden-Baden definitiv erfolgen?
16. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die in vielen Städten der Bundesrepublik Deutschland mit großem Erfolg gezeigte Wanderausstellung „Aufstand des Gewissens. Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933 bis 1945“ geeignet ist, die Wurzeln des deutschen Widerstandes im nationalsozialistischen Terrorregime der Bevölkerung anschaulich und wirkungsvoll nahezubringen, und wie beurteilt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund Meldungen, wonach es der saarländische Ministerpräsident abgelehnt habe, die Schirmherrschaft über die jetzt im Saarland laufende Ausstellung zu übernehmen?
17. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Wieviel Prozent der Stabsfeldwebel (StFw) sind mit „ziemlich gut“ (4 c) und besser beurteilt, und welche Beförderungschancen haben die mit „ziemlich gut“ und besser beurteilten StFw zum Oberstabsfeldwebel (OStFw) vor ihrem Ausscheiden wegen Erreichens der besonderen Altersgrenze bis einschließlich 1990?
18. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um das derzeit unausgewogene Verhältnis von Planstellen der Besoldungsgruppen A 9/A 9 mA (StFw/OStFw) für die Spitzendienstgrade der Unteroffiziere zu verbessern?

- | | |
|---|---|
| 19. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) | Welche Projekte zur Entwicklung von Impfstoffen gegen bakteriologische Waffen sind von seiten des Bundesministeriums der Verteidigung in den letzten zehn Jahren gefördert worden, und um welche biologischen Kampfstoffe ging es dabei im einzelnen? |
| 20. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) | Sind nach Auffassung der Bundesregierung gentechnische Experimente, mit denen Impfstoffe gegen biologische Waffen (z. B. gegen die venezolanische Pferde-Encephalitis) entwickelt werden sollen, wegen des damit verbundenen Einsatzes hochpathogener Viren in der Genforschung mit den Richtlinien der Zentralen Kommission für die biologische Sicherheit vereinbar? |
| 21. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) | Kann die Bundesregierung die Aussage des Bundesministers der Verteidigung vom 13. Juni 1985 vor dem Deutschen Bundestag, wonach die amerikanische Regierung beim Kongreß noch nicht einmal die Mittel für die Produktion von Neutronenwaffen beantragt hat, geschweige denn, Neutronenwaffen in Europa stationieren wolle, auch heute noch aufrechterhalten, oder welche neueren Erkenntnisse hat sie dazu? |
| 22. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) | Kann die Bundesregierung ihre Zustimmung zur Stationierung von Neutronenwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland heute schon absolut ausschließen, oder ist sie etwa heute schon entschlossen, einer solchen Stationierung zuzustimmen? |
| 23. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Soltau)
(CDU/CSU) | Welche Beiträge zum Umweltschutz leistet die Bundeswehr im Zuge und am Rande der Erfüllung ihres friedenserhaltenden Auftrages? |
| 24. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Soltau)
(CDU/CSU) | Welche Bemühungen unternimmt die Bundeswehr dazu im einzelnen, insbesondere im Bereich des militärisch besonders stark belasteten Kreises Soltau-Fallingb. sowie auch des Kreises Rotenburg (Wümme)? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie und Gesundheit**

- | | |
|--|--|
| 25. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es sowohl das Asylrecht wie die Menschenwürde verletzt, wenn eine Sozialbehörde die Sozialhilfe eines Asylbewerbers mit der Begründung um 20 v. H. kürzt, der Flüchtling habe einen geringeren Ernährungsbedarf als ein Deutscher, weil der Lebensstandard in seinem Heimatland niedriger sei und weil seine politische Verfolgung außerdem mit „Einschränkungen“ verbunden gewesen sei? |
|--|--|

26. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Gedenkt die Bundesregierung etwas zu tun, um solche menschenverachtenden Entscheidungen für die Zukunft zu verhindern?
27. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Steht die Bundesregierung zu ihrer Aussage, daß die sozialen Hilfen für Mütter in Not so ausgestaltet werden, daß keine schwangere Frau aus materieller Notlage heraus gezwungen ist, ihr Kind abtreiben zu lassen, und wird sie demgemäß beim Bundeshaushalt 1986 für die Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ höhere Mittelanträge beantragen, nachdem sich in Baden-Württemberg erwiesen hat, daß die 1985 bereitgestellten 50 Millionen DM nicht ausgereicht haben?
28. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Ist eine der zur Zeit gebräuchlichen Methoden der Abtreibung, insbesondere die instrumentelle Kürettage und die Saug-Kürettage, bei welchen das ungeborene Kind noch lebend zerstückelt wird, die Verätzung, bei welcher das Kind im Mutterleib durch Einspritzen konzentrierter Kochsalz-Lösungen oder von Medikamenten langsam vergiftet wird, oder die Anwendung von Prostaglandin-Hormonen zur Herbeiführung sogenannter Lebend-Abtreibungen, bei denen das noch lebend aus dem Mutterleib geholte Kind einfach dem Tod überlassen wird, nach Auffassung der Bundesregierung mit der Menschenwürde des ungeborenen Kindes, die diesem nach Artikel 1 des Grundgesetzes zukommt, vereinbar, und gegebenenfalls welche?
29. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Welche Pläne hat die Bundesregierung, infolge der jüngsten Lebensmittelskandale (Wein, Flüssigei u. ä.) gesetzliche Vorschriften im Lebensmittelrecht derart zu ändern, daß Deklarationen von Lebensmitteln dem Verbraucher die tatsächlichen Verhältnisse übermitteln müssen?
30. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Trifft es zu, wie die Zeitschrift „Natur“ und die „Westfälische Rundschau“ vom 22. August 1985 berichtet haben, daß die giftige Frostschutzchemikalie „Diäthylenglykol“ in verschiedenen Tabakwaren enthalten ist und das Glykol im Magen des Menschen zu Oxalsäure abgebaut wird, die die Nieren schädigt?
31. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Tabakverordnung, die bisher bis zu 5 v. H. Glykol-Anteil erlaubt, dahin gehend zu ändern, daß die Verbindung von Glykol vollständig verboten wird?
32. Abgeordneter
Fischer
(Osthofen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorgang, daß die in Weinstrafverfahren verhängten Geldstrafen oder als Bewährungsauflagen angeordneten Geldbußen häufig erheblich niedriger sind als die von den Straftätern durch die von ihnen begangenen Straftaten erzielten Erlöse?

- | | |
|--|--|
| 33. Abgeordneter
Fischer
(Osthofen)
(SPD) | Ist die Bundesregierung der Bitte des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit nachgekommen, zu den Beratungen des Zweiten Gesetzes zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität eine Regelung vorzuschlagen, die eine effektive Abschöpfung solcher Mehrerlöse auch in Strafverfahren und insbesondere auch in Weinstrafverfahren möglich macht? |
| 34. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) | Trifft es zu, daß in den Niederlanden Legehennen Tierarzneimittel ohne Wartezeit verabreicht werden dürfen, während bei Verwendung der gleichen Medikamente in der Bundesrepublik Deutschland eine vierzehntägige Wartezeit vorgeschrieben ist, und kann die Bundesregierung garantieren, daß Eier bzw. Hühner aus so behandelten Beständen nicht in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt werden? |
| 35. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, die Eierproduktverordnung so abzuändern, daß bebrütete Eier keinesfalls mehr für den menschlichen Verzehr in den Verkehr gebracht werden dürfen? |
| 36. Abgeordneter
Meininghaus
(SPD) | Liegen der Bundesregierung medizinische Erkenntnisse über die Wirkung von Hydrazin auf den menschlichen Körper vor, und ist die Bundesregierung bereit, dazu unverzüglich die Forschung voranzutreiben? |
| 37. Abgeordneter
Meininghaus
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit Hydrazin außerhalb der Bundesrepublik Deutschland angewandt wird, und liegen Erkenntnisse über sich daraus ergebende gesundheitliche Beeinträchtigungen vor? |
| 38. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) | Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung nach den Berichten über die Hydrazinverseuchung des Trinkwassers in Wiesbaden-Klarenthal ergriffen? |
| 39. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, ein sofortiges Verwendungsverbot für dieses hochgiftige, kancerogene Rostschutzmittel zu erlassen? |
| 40. Abgeordneter
Reimann
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der Warnung des Bundesgesundheitsamtes aus dem Jahre 1982 die Produktion, Ein- und Ausfuhr von Hydrazin zu untersagen? |
| 41. Abgeordneter
Reimann
(SPD) | Kann die Bundesregierung ungefährliche, alternative Rostschutzmittel für Heizungsanlagen empfehlen? |

42. Abgeordneter
Jaunich
(SPD)
- Welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung aus dem Votum des Bundesgesundheitsrates hinsichtlich der Verlängerung der Ausbildung für Medizinisch-Technische Assistenten (MTA) zu ziehen?
43. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, wonach im Zusammenhang mit der zunehmenden durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit und den Kürzungen der finanziellen Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz die Zahl der Haushalte, die Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, weil als Hauptursache der Hilfewährung der Arbeitsplatz verlorengegangen ist, in den vergangenen drei Jahren stark angestiegen ist, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl dieser Haushalte für das Jahr 1984?
44. Abgeordneter
Graf von Waldburg-Zeil
(CDU/CSU)
- Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um z. B. durch Verlängerung der Patentschutzfristen, Benachteiligungen von der forschenden pharmazeutischen Industrie abzuwenden, die dieser durch sogenannte „Nachahmer“ im In- und Ausland entstehen?
45. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, die bisherige Leiterin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Mißachtung der Entscheidungen des Arbeitsgerichts Bonn vom 7. Juni und vom 27. August 1985 in ihrer Funktion nicht weiterzubeschäftigen?
46. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- In welcher Höhe und aus welchem Haushaltstitel des Einzelplans 15 hat der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit bisher das vom Arbeitsgericht Bonn am 27. August 1985 für den Fall der Nichtweiterbeschäftigung der bisherigen Leiterin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung angeordnete Zwangsgeld gezahlt, und wie lange beabsichtigt der Bundesminister, die Staatskasse weiter mit derartigen Zahlungen zu belasten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

47. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Woran ist es bislang gescheitert, daß die Deutsche Lufthansa auf dem Washingtoner Dulles International Airport landen darf, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, sich politisch mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, daß die Deutsche Lufthansa die Start- und Landerechte erhält?

48. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Auf Grund welcher neuen Gutachten und Zahlen wurde der Ausbau der BAB 52, Teilstück Hostert/Waldniel, bis westlich Elmpt (Staatsgrenze) bei der Vorlage des neuen Bundesfernstraßenausbauplans durch den Bundesminister für Verkehr nicht in die Stufe „vordringlicher Bedarf“ genommen?
49. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Bundesminister für Verkehr seine Meinung inzwischen geändert hat, und den Weiterbau der BAB 52 bis zur Staatsgrenze als „vordringlichen Bedarf“ ausweisen will, und wenn ja, warum?
50. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Kann die Bundesregierung den Bericht der Illustrierten „stern“ bestätigen, daß jährlich mehr als 200 Zweiradfahrer von rechtsabbiegenden Lastkraftwagen überfahren werden, und daß eine Untersuchung der Bundesanstalt für Straßenwesen bereits 1979 empfahl, die Lastkraftwagen mit verbessertem Spiegelsystem und seitlichen Schürzen auszurüsten, wie sie an Serienfahrzeugen in Frankreich, Schweden und der Niederlande üblich sind, wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Unfallursache bei den Lastkraftwagen zu beseitigen?
51. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung die Empfehlungen der Bundesanstalt für Straßenwesen nicht aufgegriffen, und welche Gründe sprachen gegen den Einbau eines Fensters in der Beifahrertür, wie er bei Bussen im öffentlichen Nahverkehr seit langem üblich ist?
52. Abgeordnete
Frau
Odendahl
(SPD)
- Ist die Bundesregierung gemäß einer früheren Erklärung angesichts einer nunmehr vorliegenden gesamtwirtschaftlichen Untersuchung und einer von der Deutschen Bundesbahn erstellten Wirtschaftlichkeitsberechnung mit jeweils positivem Ergebnis bereit, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß schnellstmöglich – bestenfalls am Tag der Eröffnung der S-Bahnlinie von Stuttgart/Schwabstraße nach Böblingen – der Ausbauplan mit dem Land Baden-Württemberg über die Weiterführung der S-Bahn von Böblingen nach Herrenberg unterzeichnet werden kann?
53. Abgeordnete
Frau
Odendahl
(SPD)
- Welchen zeitlichen Rahmen hält die Bundesregierung hinsichtlich der Fertigstellung dieses Abschnittes für realistisch?
54. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD)
- Trifft es zu, daß in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Firmen komplette Lastzüge einschließlich Fahrer anmieten, um sie sozusagen im Lohnauftrag im hiesigen Bereich im Gütertransport einzusetzen, und welche Auffassung

vertritt die Bundesregierung angesichts der bekanntgewordenen Vermutungen, daß die „Spe-ditionsleistungen“ zu Dumpingpreisen angeboten werden, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

55. Abgeordneter
Paterna
(SPD) Welche Gründe haben die Deutsche Bundespost veranlaßt, sich jetzt entgegen ursprünglicher Zielrichtung bei der Beschaffung von Computer-Systemen für IBM-Angebote mit konzerneigenem SNA-Standard zu entscheiden, und welche anderen Ressorts wurden bei dieser Entscheidung beteiligt?
56. Abgeordneter
Paterna
(SPD) Welche Reaktionen europäischer Hersteller und Gremien auf die Entscheidung der Deutschen Bundespost (DBP) zugunsten des IBM-Standards und zu Lasten eines offenen Übertragungsstandards (OSI) sind der Bundesregierung bekannt, und wie stellt sie sich zu dem Urteil, mit dieser Beschaffungspolitik der DBP werde den mit Milliarden DM auch öffentlicher Gelder geförderten Bemühungen um ein Gegengewicht zu dem im Markt dominierenden Branchenriesen IBM und um einen zukünftig freieren Wettbewerb zugunsten auch westeuropäischer Hersteller ein schwerer Schlag versetzt?
57. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß vereinzelt Aufkleber auf Postkästen und in Telefonzellen aufgetaucht sind, die die Bundesbürger im Namen des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen, Dr. Schwarz-Schilling, und seiner Sonnenscheinfabrik in Berlin auffordern, gebrauchte Batterien in die Briefkästen der Deutschen Bundespost zu werfen, damit diese umweltfreundlich vernichtet werden können, und wenn ja, wie wird die Bundesregierung auf diese gefälschten Aufkleber reagieren?
58. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Sollten Batterien in die Briefkästen geworfen werden, werden diese Batterien dann von der Deutschen Bundespost auch wirklich umweltfreundlich vernichtet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

59. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Wie viele Wohneigentumsobjekte wurden von 1965 bis 1980 – jeweils aufgegliedert in Fünfjahreszeiträume – und in den einzelnen Jahren von 1981 bis 1985 jeweils im 1. und 2. Förderweg gefördert?

60. Abgeordneter
Reschke
(SPD)
- Wie viele Eigentumsmaßnahmen wären in den genannten Zeiträumen bzw. einzelnen Jahren jeweils im 1. und 2. Förderweg rein rechnerisch gefördert worden, wenn nur die Fördermittel des Bundes zur Verfügung gestanden hätten?
61. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Wie viele Wohneigentumsobjekte und Mietwohnungen könnten rein rechnerisch mit den im Haushaltsentwurf 1986 und im Entwurf des Finanzplans dafür jeweils vorgesehenen Bundesmitteln gefördert werden, wenn der in Prozentsätzen der Herstellungskosten ausgedrückte Förderwert (Barwert) gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1985 konstant gehalten würde?
62. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung hinsichtlich der entsprechenden Länderprogramme für die nächsten Jahre vor – aufgeschlüsselt nach 1. und 2. Förderweg?
63. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU)
- Was ist inzwischen geschehen, um die von der Bundesregierung am 1. Juli 1985 beschlossene Erhöhung der Städtebauförderungsmittel auf jetzt 1 Milliarde DM für die Jahre 1986 und 1987 schnell bauwirksam werden zu lassen, und gibt es besondere Schwierigkeiten in einzelnen Ländern, insbesondere in Nordrhein-Westfalen?
64. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß das Land Nordrhein-Westfalen nicht bereit ist, die komplementären Landesmittel zur Bauförderung 1986 zusätzlich aufzubringen, und widerspricht das den politischen Absprachen?
65. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht des zuständigen Landesministers von Nordrhein-Westfalen, daß die Anwendung des Städtebauförderungsgesetzes ein Verfahrenshemmnis bei der Förderung städtebaulicher Maßnahmen darstellt?
66. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß das Land Nordrhein-Westfalen die Förderungsmöglichkeiten nach dem Städtebauförderungsgesetz inhaltlich eingegrenzt hat?
67. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, damit die Städtebauförderungsmittel auch im ländlichen Raum eingesetzt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

68. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Verhaftung des amtierenden Präsidenten der Weltvereinigung der Reformierten Kirchen, Allan Boesak, zum Anlaß genommen, sich für seine Freilassung einzusetzen, und welche Schritte hat sie bejahendenfalls diesbezüglich unternommen?

69. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung darüber hinaus seit der Eskalation der innenpolitischen Auseinandersetzung in der Republik Südafrika im Verlauf dieses Jahres unternommen, um im Hinblick auf eine friedliche, evolutionäre Entwicklung Einfluß zu nehmen, und inwieweit betrachtet sich die Bundesregierung in dieser Hinsicht als erfolgreich?
70. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, aus welchen Gründen der amtierende Präsident der Weltvereinigung der Reformierten Kirchen, Allan Boesak, von Sicherheitskräften der Republik Südafrika am 27. August 1985 verhaftet worden ist, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorfall?
71. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, durch Einflußnahme auf deutsche, in der Republik Südafrika engagierte Firmen dazu beizutragen, daß durch ein Verhalten dieser Firmen gemäß der relevanten Verhaltenskodices zur Gleichbehandlung farbiger Arbeitnehmer Impulse für eine evolutionäre wirtschaftliche, rechtliche und politische Entwicklung hin zur Gleichberechtigung aller Bevölkerungsteile gegeben werden?
72. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung angesichts der Proteste der Bevölkerung in Guatemala Anfang September 1985 und der Unterdrückung dieser Proteste durch das Militärregime, als dessen Folge schon vier Menschen getötet, mehrere Dutzend verletzt und über 500 Personen verhaftet wurden, die vom IWF (Internationalen Währungsfonds) geforderten Sparmaßnahmen wie Lohnstopp und Fahrpreiserhöhungen für gerechtfertigt?
73. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung angesichts der von amnesty international und anderen Menschenrechtsorganisationen gemeldeten 578 ermordeten Zivilpersonen vom November 1984 und April 1985 der Auffassung, daß die für den 3. November 1985 angekündigten Wahlen Ausdruck eines fortschreitenden Demokratisierungsprozesses sind, der die Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe der Bundesregierung für Guatemala zur Folge haben wird?
74. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Warum dürfen zwar Polen im Familienverband zu Besuchsreisen in die Bundesrepublik Deutschland die Volksrepublik Polen verlassen, aber Deutsche nur als Einzelpersonen unter Zurücklassung der Familien ausreisen?
75. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welches sind die Gründe dafür, daß nur die Bundesrepublik Deutschland von den polnischen Besuchsreisenden kein Einladungsschreiben und keine Garantien für den Aufenthalt in

der Bundesrepublik Deutschland verlangt, so daß im Gegensatz zur Praxis der anderen westlichen Botschaften in Warschau jeder Pole automatisch ein Visum erhält und sich dadurch die hohe Zahl der einreisenden polnischen Besucher erklärt?

76. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)

Wird die Bundesregierung das Ereignis 25 Jahre Regionalbüro DAAD in New Delhi zum Anlaß nehmen, eine Bewertung der bisherigen DAAD Arbeit in Indien sowie einen gewissen Neuan-satz in bestimmten stark kulturell orientierten Bereichen vorzunehmen anstelle der bisherigen ausschließlich praktischen, technischen, natur-wissenschaftlichen Orientierung?

77. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)

Welche Einflußnahme übt die Bundesregierung auf die USA aus, dem Internationalen Pakt für bürgerliche und politische Rechte beizutreten, und tut die Bundesregierung dies besonders an-läßlich der drohenden Todesstrafe für Verurteil-te, die ihre Tat als Minderjährige begangen haben?

78. Abgeordneter
Reuter
(SPD)

Welche Überlegungen der Bundesregierung ha-ben dazu geführt, das deutsche Konsulat in Linz/ Österreich zu schließen, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zur Reform des Auswärtigen Dienstes (Drucksache 10/3317) zu ersehen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

79. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, Disziplinarver-fahren gegen in den Osten abgewanderte spio-nageverdächtige öffentlich Bedienstete derart anzustreben, daß diese keine Versorgungsbe-züge – vor allem nicht in der DDR – erhalten?

80. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU)

War der spätere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heribert Hellenbroich, vor oder während der Sicherheitsüberprüfung des Agenten Günter Guillaume Angehöriger der Ab-teilung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die Guillaumes Sicherheitsüberprüfung vor-nahm?

81. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Ziele die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) mit Veranstaltungen, wie dem am 15./16. Juni 1985 in Bochum durchgeführten „Kulturpolitischen Forum“ verfolgt?

82. Abgeordneter
Brück
(SPD) Was hat die Bundesregierung bisher getan, damit es noch in diesem Jahr zu einer Einführung des Europa-Passes auch in der Bundesrepublik Deutschland kommt und so den Forderungen des Europäischen Parlaments entsprochen werden kann?
83. Abgeordneter
Brück
(SPD) Trifft es zu, daß bei einer gegenwärtigen Reisepaßgebühr von 10 DM für den zukünftigen Europa-Paß eine Gebühr von 40 DM erhoben werden soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

84. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung des Internationalen Gerichtshofes im Urteil vom 30. September 1946, daß „alle Teile der SS wegen des massenhaften Begehens verbrecherischer Handlungen insgesamt als verbrecherische Organisation im Sinne des Statuts des Internationalen Gerichtshofes zu bewerten sind (Protokolle Bd. XXII, S. 583 ff.)“?
85. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für geboten, eine gesetzliche Neuregelung zur Befreiung und Ermäßigung von Notariatsgebühren anzustreben, nachdem das Bundesverfassungsgericht bereits vor über sieben Jahren durch Beschluß vom 1. März 1978 die in § 144 Abs. 3 Kostenordnung enthaltene Regelung insoweit für verfassungswidrig erklärt hat, als darin die Notare verpflichtet werden, ihre Gebühren unter den annähernd kostendeckenden Durchschnittssatz von 50 v. H. der Regelgebühren zu ermäßigen, und wann ist gegebenenfalls mit einer Gesetzesvorlage zu rechnen?
86. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für angemessen, den Notaren bei Tätigkeiten für die öffentliche Hand erhebliche Gebührenermäßigungen zuzumuten, wenn bei Angehörigen anderer Berufe, die Leistungen für die öffentliche Hand erbringen, solche Kürzungen nicht erfolgen?
87. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) Wieweit sind die Bemühungen der Bundesregierung gediehen, im Rahmen der Vereinten Nationen die Verabschiedung eines zweiten Fakultativ-Protokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte voranzutreiben, dessen Ziel die Abschaffung der Todesstrafe ist, und in welcher Weise gedenkt die Bundesregierung ihre Bemühungen fortzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

88. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU) Welchen Steuerausfall hat die Befreiung der gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsunternehmen, insbesondere von der Körperschaft-, Vermögen- und Gewerbesteuer jährlich verursacht?
89. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU) Wie groß ist derzeit der Wohnungsbestand der gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsunternehmen, und wieviel Wohnungseinheiten davon wurden in 1984 erstellt?
90. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Wie viele „Kameradschaftsverbände“ der ehemaligen SS bzw. Waffen-SS sind nach Erkenntnissen der Bundesregierung derzeit von Finanzämtern als „gemeinnützig“ anerkannt?
91. Abgeordneter
Tatge
(DIE GRÜNEN) Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, daß – wie in Zeitungsmeldungen behauptet wird – die US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland eine Verlegung der Air-Base von Frankfurt am Main nach Ramstein planen?
92. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Wie viele Schießzwischenfälle mit Auswirkungen außerhalb des Übungsgeländes hat es in den letzten zehn Jahren bei den Übungsplätzen Grafenwöhr und Hohenfels gegeben, und ist die Bundesregierung bereit, mit den US-Streitkräften eine umfassende Bestandsaufnahme der Sicherheitsverträglichkeit des Übungsbetriebes für die zivile Umgebung durch eine gemischte deutsch-amerikanische Kommission vorzunehmen?
93. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Hält die Bundesregierung im Hinblick auf den zunehmenden Schießlärm und die sonstigen Umweltschäden eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung der NATO-Übungsplätze Grafenwöhr und Hohenfels für geboten, und wird sie die notwendigen Bestandsaufnahmen über die gegenwärtigen Forschungs- und Meßvorhaben hinaus in Auftrag geben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

94. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wieviel Katzen- und Hundefelle werden nach Schätzung der Bundesregierung jährlich in der Bundesrepublik Deutschland verarbeitet, und handelt es sich hier ausschließlich um Importfelle?

95. Abgeordneter
Stutzer
(SPD) Kann ausgeschlossen werden, daß in der Bundesrepublik Deutschland Hunde oder Katzen – z. B. von sich hier aufhaltenden Asiaten – geschlachtet werden?
96. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Welche Länder und wie viele Unternehmen der jeweiligen Länder beteiligen sich an der Defence-Ausstellung am Ende dieses Monats in Kuala Lumpur?
97. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Welche materielle oder immaterielle Unterstützung gewährt die Bundesregierung den deutschen Unternehmen bei der Ausstellung ihrer Kriegswaffen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

98. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die als „Aujeskyische Krankheit“ bezeichnete Schweine-seuche jetzt in der Bundesrepublik Deutschland erneut ausgebrochen ist, und was gedenkt sie zu tun, damit eine Ausbreitung verhindert wird?
99. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD) Wie schätzt die Bundesregierung die Gefahr ein, daß auf Grund der verkürzten Zahlungsfristen für Getreide, das an die deutschen Interventionsstellen verkauft wird, jetzt auch vermehrt ausländisches Getreide in die deutsche Intervention fließt?
100. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD) Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Kosten für die Verkürzung der Zahlungsfristen ein, insbesondere dann, wenn tatsächlich vermehrt ausländisches Getreide in die Intervention kommt?
101. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Warum hat die Bundesregierung die Anweisung an die Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung gegeben, sämtliches Getreide, das den Interventionsstellen in der Bundesrepublik Deutschland angedient wird, bereits nach 60 Tagen zu 90 v. H. zu bezahlen, obwohl die ermächtigende EG-Verordnung ausdrücklich bestimmt, daß im Wirtschaftsjahr 1985/86 „die Mitgliedstaaten das von kleinen Erzeugern stammende und von den Interventionsstellen übernommene Getreide ab dem 60. Tag nach der Übernahme bezahlen“ können?
102. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Wie gedenkt die Bundesregierung die für die kleinen Erzeuger geschaffene und gewollte soziale Komponente zu realisieren?

Bonn, den 6. September 1985

